Stefan Schäfer und Sebastian Jacobs

Soziale Arbeit und politische Differenz

Social Work and Political Difference

Zusammenfassung: Der Beitrag greift die Debatte um politische Soziale Arbeit auf, skizziert bisherige Kristallisationspunkte politischer Theoriebildung in der Sozialen Arbeit und stellt Bezüge zur Perspektive politischer Differenz her. Dabei wird deutlich, dass es eine einheitliche und umfassende politische Theorie Sozialer Arbeit nicht geben kann, wohl aber kontingente, plurale und miteinander konfligierende Versuche ausfindig gemacht werden können, das Politische der Sozialen Arbeit auf den Begriff zu bringen. Der Beitrag schließt mit dem Vorschlag, das Politische der Sozialen Arbeit vom Modus der Demokratisierung her zu denken. Die Arbeit an einer politischen Theorie erscheint von dort aus als nicht stillstellbarer Prozess der Auseinandersetzung um den Begriff des Politischen selbst.

Schlagworte: Theoriebildung, Poststrukturalismus, Demokratisierung, Kontingenz, Pluralität, Professionalisierung, Kritische Soziale Arbeit

Abstract: This article continues the debate on political social work, outlines points found in previous political theory constructions in social work and describes the perspective of political difference. It becomes clear that there cannot be a unified, global political theory of social work; rather, there are contingent, plural and conflicting attempts to define the political side of social work. The contribution closes with the suggestion that the political aspect of social work should be thought of in terms of democratization. From that angle, work on political theory appears to be an infinite process of debating the concept of the political itself.

Keywords: theory construction, poststructuralism, democratization, contingency, plurality, professional approach, critical and radical social work

Einleitung

Soziale Arbeit ist abhängig von politisch gestalteten Rahmenbedingungen, nimmt aber auch politisch Einfluss auf die Rahmenbedingungen ihres professionellen Handelns. Diesem zentralen Zusammenhang wird in der Sozialen Arbeit grundsätzlich besondere Aufmerksamkeit geschenkt. In diesem Beitrag wird gezeigt, dass Soziale Arbeit hier bereits auf eine Reihe von Analyse- und Begründungsfiguren zurückgreifen kann. Wir werden zunächst zentrale Kristallisationspunkte der Debatte um politische Soziale Arbeit seit den 1970er-Jahren herausarbeiten (1.) und aktuelle Bewegungen in diesem Feld der Theoriebildung skizzieren (2.). Daran anschließend werden wir der Thematisierung von Theorien politischer Differenz folgen und verdeutlichen, inwiefern die Grundannahmen der Kontingenz, Pluralität und Konfliktualität dieser Ansätze für die Weiterentwicklung einer politischen Theorie Sozialer Arbeit von Bedeutung sein können (3.).

1. Ansätze einer politischen Theoriebildung in der Sozialen Arbeit: Stationen einer Debatte

Die Frage nach dem Verhältnis von Sozialer Arbeit und Politik ist so alt wie die Theoriegeschichte Sozialer Arbeit selbst. Seit den 1970er-Jahren haben sich zudem Diskurse, Theorien und Konzepte herausgebildet, in denen politisches Handeln Sozialer Arbeit explizit zum Gegenstand gemacht wurde. Mindestens fünf Kristallisationspunkte der diskursiven Arbeit an einer politischen Theorie Sozialer Arbeit lassen sich rekonstruieren: Politische Produktivität, Parteilichkeit, Politikimmanenz, politisches Mandat und Re-Politisierung Sozialer Arbeit.

Anfänglich stark vorangetrieben durch die Sozialarbeitsbewegung der 1970er-Jahre entwickelte sich ein Diskurs um die sogenannte *politische Produktivität* (vgl. Gaertner & Sachße, 1978), der insbesondere durch die kritische Soziale Arbeit im Kontext der Zeitschrift *Widersprüche* seit den 1980er-Jahren weitergeführt wird. Politische Soziale Arbeit wird hier als eine *Politik des Sozialen* konzeptioniert (vgl. Widersprüche, 1989; Kunstreich 2003; May, 2000; Sünker, 2017). Hier zeigt sich eine Gegenbewegung zur herrschaftsstabilisierenden Kontrollfunktion Sozialer Arbeit im Kapitalismus. Politik des Sozialen kann als Alternative zu traditionellen und aktuellen Formen der Sozialpolitik verstanden werden, die auf eine von den Subjekten ausgehende Perspektive der Produktion des Sozialen *von unten* verweist. Kunstreich (2001, S. 129) konkretisiert dies beispielsweise hin-

sichtlich einer Erweiterung von Handlungs- und Erfahrungschancen im Sinne einer „Stärkung sozialitärer Teilhabemacht". May (2018) versteht die politische Produktivität Sozialer Arbeit in ähnlicher Weise als eine von den Subjekten und ihren Erfahrungen und Interessen ausgehende „Arbeit am Gemeinwesen". Schaarschuch, Bain und Wagner (2011) beziehen die damit verbundenen Fragen auf das „demokratische Potential Sozialer Arbeit", indem sie die politische Produktivität von Citizenship betonen und dabei auf die Widersprüche von Ver- und Entbürgerlichung durch Soziale Arbeit verweisen. In den letzten Jahren wurde diese Perspektive insbesondere in den Auseinandersetzungen um Neoliberalismus, aktivierende Sozialpolitik und Postdemokratie aufgegriffen.

Parallel zu dieser kapitalismuskritischen Perspektive entstand im Kontext feministischer Bewegungen der 1970er-Jahre und aus der Praxis der parteilichen Mädchen- und Frauenarbeit heraus eine patriarchatskritische Perspektive Sozialer Arbeit, die u. a. den Begriff der *Parteilichkeit* ins Zentrum rückte. Hier ging es ursprünglich darum, Solidarität zwischen Sozialarbeiterinnen und Adressatinnen über die Vergegenwärtigung einer gemeinsamen Betroffenheit von patriarchalen Gesellschaftsverhältnissen zu organisieren (vgl. Hagemann-White, Kavemann & Ohl, 1997; Hartwig & Merchel, 2000; Bitzan & Daigler, 2004). Diese feministische Perspektive setzt sich bis heute in den Debatten um politisches Handeln Sozialer Arbeit fort und findet im Sinne einer intersektional und reflexiv angelegten Arbeit an Differenzproduktion, Ausschließungsprozessen und Interessenvertretung in nahezu allen Arbeitsfeldern Sozialer Arbeit Anwendung. Parteilichkeit wurde als politisches Handlungsprinzip schließlich auf den Gesamtbereich Sozialer Arbeit übertragen. Auch die Wohlfahrtsverbände greifen häufig auf ihn zurück, um die anwaltschaftliche Funktion der Interessenvertretung zu kennzeichnen (vgl. Gillich, 2016). Insbesondere dort, wo Bedürfnisse und Interessen unterdrückt oder missachtet werden, so betont auch der *DBSH* (2014, S. 27), steht Soziale Arbeit an der Seite ihrer Adressat_innen und vertritt ihre Interessen auch auf politischer Ebene.

Im Rahmen der Professionalisierungsdebatte und der sogenannten sozialwissenschaftlichen Wende in der Sozialen Arbeit (vgl. Otto & Schneider, 1973) formierte sich zu Beginn der 1980er-Jahre ein Diskurs um die sogenannte *Politikimmanenz* Sozialer Arbeit, der sich gegen das entpolitisierte Hilfeverständnis traditioneller Fürsorgewissenschaft und die sozialwissenschaftliche Enthaltsamkeit geisteswissenschaftlicher Erziehungswissenschaft wendet und politische Soziale Arbeit als *Sozialarbeitspolitik* zu konzeptionieren versucht. Waren die ersten Ansätze noch als kommunale Sozialarbeitspolitik angelegt (vgl. Olk, Müller & Otto, 1981), erfuhr das Konzept in

den 2000er-Jahren eine (über- bzw. inter-)regionale Ausrichtung (vgl. Bitzan, Struck & Thiersch, 2002). Heute existieren sowohl Ansätze der Sozialarbeitspolitik als Querschnitts- bzw. Gesellschaftspolitik (vgl. Güntner & Langer, 2014) als auch Ansätze der Sozialarbeitspolitik als eigenständiges Politikfeld (vgl. Benz & Rieger, 2015). Das Konzept zielt auf Möglichkeiten, das Politische der Sozialen Arbeit zu begreifen, methodisches Handeln zu professionalisieren, politisches Handeln und politische Bildung stärker in der Hochschullehre und Weiterbildung zu verankern sowie verstärkt zu einem Gegenstand empirischer Sozialforschung zu machen.

In den 1990er-Jahren entstand aus den Debatten um die – insbesondere von Fachhochschulen vorangetriebene – Etablierung einer eigenständigen Sozialarbeitswissenschaft der Diskurs um ein *politisches Mandat* Sozialer Arbeit, der eine Selbstlegitimation politischen Handelns durch die Etablierung einer berufsethisch fundierten Identität Sozialer Arbeit zu erreichen versucht (vgl. Merten, 2001; Sorg, 2003). Am deutlichsten bringt Staub-Bernasconi (2007) dies zum Ausdruck: Das politische Mandat ist hier – in Erweiterung des seit den 1970er-Jahren diskutierten doppelten Mandats von Hilfe und Kontrolle – als „Tripelmandat" konzeptioniert. Andere Ansätze standen (und stehen) dem Mandatsbegriff kritisch gegenüber, weil dieser die Gefahr berge, eine „kommunikative Asymmetrie" im Verhältnis von Sozialarbeiter_innen und Klient_innen zu reproduzieren (vgl. Kunstreich, 2001, S. 123) und die Frage aufkommen lasse, ob Soziale Arbeit überhaupt ein Mandat brauche, um politisch tätig werden zu dürfen (vgl. Cremer-Schäfer, 2001; Wagner, 2008). Trotz aller Kritik scheint sich der Mandatsbegriff in der Fachdebatte etabliert zu haben und wird vor allem dann genutzt, wenn es um die normative Legitimation politischen Handelns Sozialer Arbeit durch die Bezugnahme auf berufsethische Prinzipien geht (vgl. Schäfer, 2018).

Schließlich ist die mit Einführung der Hartz-Gesetze aufgekommene Debatte um eine *Re-Politisierung* Sozialer Arbeit zu nennen, in der angesichts von Neoliberalismus, Ökonomisierung und aktivierender Sozialpolitik erneut eine politische Einmischung und Widerständigkeit Sozialer Arbeit eingefordert wurde (vgl. Lallinger & Rieger, 2007; Seithe, 2010; Bütow, Chassé & Lindner 2014a). Hier zeigen sich zwei Tendenzen: Einmal eine im Kontext des Konzepts der Sozialarbeitspolitik vollzogene Einbeziehung von Modellen der Policy-Forschung, durch die eine Professionalisierung des Politikbezuges im Sinne der Interessenvertretung und Politikberatung angestrebt wird (vgl. Lindner, 2014; Benz, 2013). Und zum Zweiten eine insbesondere vonseiten kritischer Sozialer Arbeit aus vollzogene (Wieder-)Aufnahme der Debatten um einen angemessenen Kritikbegriff (vgl. Widersprü-

che, 2006) sowie eine damit verbundene Weiterentwicklung politischer Sozialer Arbeit auf der theoriesystematischen Ebene. Gegen die vorschnelle Gleichsetzung von Sozialem und Politischem und die Gefahren einer Entpolitisierung politischer Konflikte wird dabei kritisch auf problematische Varianten der Verhältnisbestimmung von Sozialem und Politischem geschaut (vgl. Lütke-Harmann, 2013; Schäfer, 2020). Dabei gelte es zu berücksichtigen, dass die jeweilige Gestalt Sozialer Arbeit politische Interessenkonflikte und Machtverhältnisse zum Ausdruck bringe, d. h. dass mit Sozialer Arbeit einerseits Politik gemacht werde und Soziale Arbeit andererseits auch selbst Politik betreibe, indem sie eigene politische Interessen, Gestaltungs- und Ordnungsvorstellungen kommuniziere.

Gemeinsam ist allen Kristallisationspunkten der Arbeit an einer politischen Theorie Sozialer Arbeit, dass sie zunächst die Abhängigkeit von politisch gestalteten Rahmenbedingungen betonen, die das Handlungsfeld Sozialer Arbeit strukturieren (Ideologien, Gesetze, Programme, Zielvorgaben, Zuständigkeitsaufteilungen usw.). Im Bewusstsein dessen wird die Notwendigkeit einer kritisch-politischen Reflexivität betont, die verhindern soll, dass politische Entscheidungen und Machtverhältnisse unkritisch durch Institutionen und Praktiken Sozialer Arbeit reproduziert werden. Damit eng verbunden geht es um die Begründung Sozialer Arbeit als politische Akteurin, die nicht nur auf der individuellen Ebene psychosozialer Hilfe zur Lebensbewältigung agiert, sondern auch einen Tätigkeitsbereich zu etablieren versucht, der auf strukturelles Veränderungshandeln ausgerichtet ist. Sämtliche Kristallisationspunkte zeigen eine durch unterschiedliche Gruppen getragene und unterschiedliche Problematisierungen und Grundbegriffe ins Zentrum rückende Arbeit an einer politischen Theorie Sozialer Arbeit an. Mit den genannten Perspektiven verbindet sich – zumindest appellativ – der Anspruch, „Theorie Sozialer Arbeit *als* politische Theorie" (Kessl, 2005, S. 217; Herv. d. A.) zu betreiben.

2. Aktualisierungen in der Arbeit an einer politischen Theorie Sozialer Arbeit

In den letzten Jahren hat sich im präsentierten Feld der Theoriebildung einiges getan. Wollte man diese Entwicklung auf den Begriff bringen, könnte man vielleicht von einem Reflexivwerden der Arbeit an einer politischen Theorie Sozialer Arbeit sprechen, wenngleich diese unterschiedlich explizit ausfällt.

Im Kontext der Debatte um *politische Produktivität* und Politik des Sozialen lässt sich schon in den 1970er-Jahren ein Aufgreifen neo- oder postmarxistischer Perspektiven beobachten, die am marxistischen Projekt der Herrschaftskritik und dem Ziel der Befreiung aus Herrschaftsverhältnissen festhalten, gleichzeitig aber die ontologischen Kurzschlüsse der marxistischen Lehre zu überwinden versuchen (besonders der ökonomische Determinismus und die Annahme historischer Notwendigkeit). So lässt sich eine Diversifizierung kritischer Theorieperspektiven beobachten, die etwa hegemonietheoretische Perspektiven im Anschluss an Gramsci (vgl. Hirschfeld, 1999), regulationstheoretische Perspektiven auf die Rolle Sozialer Arbeit in der Stabilisierung kapitalistischer Produktionsbedingungen (vgl. Chassé, 1989; Schaarschuch, 1995; Diebäcker & Hammer, 2009), interaktionistisch-etikettierungstheoretische Perspektiven auf die Produktion sozialer Ausschließung (vgl. Cremer-Schäfer, 2008) oder Foucault'sche Perspektiven einer Gouvernementalität Sozialer Arbeit (vgl. Kessl, 2006; Anhorn, Bettinger & Stehr, 2007) in die Debatte einbringen. Hier zeigt sich in den letzten Jahren eine Hinwendung zu poststrukturalistischen Theorien, die auch die eigenen Fundamente der Theoriebildung thematisieren und kritisch befragen.

Ähnlich wird im Diskurs um *Parteilichkeit* die Essentialisierung von Geschlechterdifferenz aufgegriffen. Hier zeigt sich eine intersektional und konfliktorientiert angelegte Kritik der Verknüpfung von Differenz mit sozialer Ausschließung, die den Konstruktionscharakter von (Geschlechter-) Differenz thematisiert, die Einziehung von Differenzlinien als politisches Mittel der sozialen Ausschließung problematisiert und diese im Sinne der Emanzipation und Gleichberechtigung politisch-offensiv zu bearbeiten versucht. Dies geschieht nicht nur mit Blick auf die Kritik an Politik und Gesellschaftsverhältnissen, sondern auch zurückgewendet auf die eigene Theoriebildung und die darin vollzogenen identitätsverbürgenden Abgrenzungen zum wie auch immer verstandenen „Anderen". Maurer (2018) spricht hier beispielsweise von Praktiken der Differenzierung als Grenzbearbeitung und fragt danach, wie sich demokratische Gemeinwesen überhaupt konstituieren und theoretisch rekonstruieren lassen. Eine ähnliche Weiterentwicklung parteilicher Perspektiven zeigt sich auch bei Bitzans (2017) Ansatz der Konfliktorientierung. In beiden Perspektiven geht es darum, mit Blick auf gesellschaftliche Verhältnisse und soziale Bewegungen Möglichkeiten einer erneuten Politisierung sozialer Konflikte offenzulegen. Zudem werden für poststrukturalistische Theorieperspektiven zentrale Thematiken angesprochen, etwa die Frage nach dem Verhältnis von Allparteilichkeit und Parteilichkeit, Neutralität und Perspektivität, die Frage

nach der (Un-)Möglichkeit der Repräsentation von Interessen oder die Frage nach Möglichkeiten und Grenzen von Identitätspolitik im Sinne einer von sozialen Bewegungen ausgehenden Kritik an Universalitätsansprüchen partikularer Interessen.

Ähnliches kann auch für die Professionalisierungsperspektive gezeigt werden. Mit *Politikimmanenz* und Sozialarbeitspolitik schien zunächst eine attraktive Antwort auf die Frage gegeben, wie das durch die Sozialarbeitsbewegung der 1970er-Jahre freigesetzte Politische theoretisch begriffen und professionalisiert werden könnte. Diese Professionalisierung hat aber auch Prozesse der Entpolitisierung zur Folge gehabt. Sozialarbeitspolitik wurde spätestens in den 1990er-Jahren zu einer Art dienstleistungsorientiertem „Management des Sozialen" (Flösser, 1994) und geriet als solches zunehmend in Kritik (vgl. May, 1994). Aus einer durch die luhmannsche Systemtheorie geprägten Perspektive kritisieren Neumann und Sandermann (2008) zudem einen Trend zur Ontologisierung in der Theoriebildung, der die eigene Beobachterperspektive nicht mitthematisiert, und setzen sich für eine Deontologisierung theoretisch-normativer Begründungsstrategien ein. Sie fordern dabei nicht, dass Theorie Sozialer Arbeit gänzlich auf ontologische Perspektiven zu verzichten habe, diese – so kann man die Forderung deuten – sollten jedoch als strategisch-politische Einsätze auf der Theorieebene markiert werden. Das politiktheoretisch Interessante daran scheint weniger die Frage nach der richtigen ontologischen Grundlegung Sozialer Arbeit als vielmehr der Streit um Ontologisierung und Deontologisierung als solcher zu sein. Denn hier zeigt sich zweierlei: Einerseits die Betonung einer selbstreflexiven Infragestellung der Produktion sozialontologischer Fundamente zur Begründung politischer Sozialer Arbeit und gleichzeitig der Verweis auf die Notwendigkeit „*strategischer* Setzungen" (Bedorf, 2010, S. 11, Herv. i. O.), auf die sich Soziale Arbeit zur Selbstbegründung berufen kann. Die politiktheoretische Analyse- und Begründungsfigur der Politikimmanenz kann als eine solche strategische Setzung einer Sozialarbeitspolitik verstanden werden.

Etwas anders verhält es sich bei der Debatte um ein *politisches Mandat*. Obwohl der Mandatsbegriff in den letzten zwanzig Jahren wie kaum ein anderer herangezogen wird, um über die Selbstthematisierung den gesellschaftspolitischen Stellenwert Sozialer Arbeit zu klären und eine politische Praxis Sozialer Arbeit zu begründen, muss festgehalten werden, dass in der damaligen Auseinandersetzung kaum jemand ein Plädoyer für diesen Begriff formulierte. Was hier passierte, ist dennoch interessant: Nach Merten (2001, S. 9) zeigt sich, dass hier „das grundlegende Selbstverständnis Sozialer Arbeit berührt [ist] und damit die professionelle Identität der in ihr Tä-

tigen"; und „spätestens an dieser Stelle ‚hört der Spaß auf'!". Befürworter_innen wie Gegner_innen, so der Eindruck, standen sich unversöhnlich gegenüber. Gleichzeitig, so unsere Beobachtung, wird besonders in den letzten Jahren versucht, diesen Streit um die Identität Sozialer Arbeit mittels des Mandatsbegriffs selbst zu überwinden. Der diskursive Erfolg von Staub-Bernasconis Tripelmandat als ein mit politisch-normativen Ansprüchen versehenes und durch die Menschenrechte fundiertes Verständnis von Fachlichkeit ist hierfür ein gutes Beispiel. Wo das Problem liegen könnte, wird vielleicht deutlicher, wenn man die Reaktionen auf Kleves (2000) „postmoderne" These von der „Sozialarbeit ohne Eigenschaften" in den Blick nimmt: Diese – durchaus kritikwürdige – Annahme hat identitätspolitische Gegenbewegungen freigesetzt, die unter dem Label ‚politisches Mandat' geradezu reflexartig auf die postmoderne Priorisierung der Differenz antworteten und darauf bedacht waren, der Sozialen Arbeit eine Art Leitkultur im Sinne einer ‚professionellen Identität' zu verpassen. Statt einer kritisch-reflexiven Weiterentwicklung des Mandatsbegriffs lassen sich in dieser Debatte Strategien der Gegenbewegung gegen die poststrukturalistische Befragung des Zusammenhangs von Professionalität, Identität und Mandat ausmachen, die sich damit erklären lassen, dass die Infragestellung der Möglichkeit einer ungebrochenen und ungeteilten politischen Identität eine bis dahin zentrale Legitimationsstrategie Sozialer Arbeit zum Scheitern verurteilte: Wenn man das Politische differenztheoretisch begründet, dann kann die politische Dimension Sozialer Arbeit nicht mit der Ausübung eines inhaltlich und normativ festgelegten politischen Mandats identisch sein (vgl. Schäfer, 2018, S. 43).

Die *Re-Politisierungsdebatte* zeichnet ein nicht weniger ambivalentes Bild: Während in der Mandatsdebatte – und das ist ihr zugute zu halten – zumindest anfänglich noch heftig darüber gestritten wurde, ob der Sozialen Arbeit überhaupt ein Mandat zugesprochen werden kann, wer es erteilt und was damit inhaltlich gemeint sein soll, lässt sich in der Re-Politisierungsdebatte eine dominante Essentialisierung des Politischen beobachten: Soziale Arbeit, so die vielfach vertretene Annahme, sei *per se politisch* und Politisch-sein wird dabei zumeist positiv besetzt im Sinne einer emanzipatorischen Kritik an Politik und problematischen Gesellschaftsverhältnissen (vgl. Bütow, Chassé & Lindner, 2014b, S. 7; Seithe, 2014, S. 114; Rieger, 2013, S. 65). Die Ausgangsthese einer per se politischen Sozialen Arbeit wird in ihrer Selbstverständlichkeit zumeist nicht weiter hinterfragt. Durch die Per-se-Annahme aber, so ließe sich einwenden, ist die Frage nach dem Politischen in der Sozialen Arbeit nicht beantwortet, sondern überhaupt erst gestellt. Andererseits hat die Re-Politisierungsdebatte auch eine Neuver-

handlung über die theoriesystematische Frage angeregt, wie sich das Politische überhaupt mit dem Sozialen verbindet. Besonders hier wird auf poststrukturalistische Theorien zurückgegriffen, die die Verknüpfung von Sozialem und Politischem selbst als eine politische Praxis der Verhältnisbestimmung betrachten und mit zumeist historisch angelegten Forschungsarbeiten weiter zu erhellen versuchen, welche Wahrnehmungen des Politischen hierbei hervorgebracht werden und was daraus folgt (vgl. Lütke-Harmann, 2013, 2016; Dollinger, 2013; Schäfer, 2020).

3. Politische Theorie Sozialer Arbeit als Theorie der politischen Differenz Sozialer Arbeit

Was bedeuten nun diese Entwicklungen für die Arbeit an einer politischen Theorie Sozialer Arbeit? Im Eröffnungsvortrag zum Bundeskongress Soziale Arbeit 2012 kritisierte Michael Winkler (2014a, S. 32) einen Trend des verdinglichenden Sprechens über „das Soziale". Damit drohe die Nicht-Selbstverständlichkeit der bestehenden Ordnung aus dem Blick zu geraten. Gleich einer „Glasplatte über dem Grand Canyon" (ebd.) reproduziere sich ein vermeintlich festes Fundament zur eigenen politischen Positionsbestimmung, dessen Umstrittenheit nicht mehr als solche thematisiert werde. Explizit, ohne jedoch weiter auszuführen, verweist Winkler auf die sogenannte politische Differenz: „Ist nicht eben die Unterscheidung zwischen Politik und Politischem eingeführt worden, um solchen Verfestigungen zu entgehen" (ebd.)? Sein Urteil gibt zu denken: Winkler (2014b, S. 228) attestiert der Sozialen Arbeit – auch der kritischen Sozialen Arbeit – einen „Sündenfall, weil und indem sie selbst Teil einer Sozialpolitik wurde, welche als wohlfahrtsstaatliches Arrangement die Lebensverhältnisse der Menschen gestaltet. Sie entledigte sich des Politischen und wurde Politik."

Mit der politischen Differenz von *der* Politik und *dem* Politischen ist eine Analyseperspektive benannt, die es ermöglicht, Momente der Schließung, Vereindeutigung und Fixierung sowie der Öffnung, Befragung und Pluralisierung von Ordnungen in ihrer wechselseitigen Verwiesenheit und Konflikthaftigkeit zu erfassen (vgl. Marchart, 2010; Bedorf & Röttgers, 2010). Politische Differenz meint die Unterscheidung zwischen einem Begriff der Politik, der die institutionellen Zusammenhänge und das etablierte Normen- und Regelgefüge einer Gesellschaft markiert, und einem Begriff des Politischen, der die dynamische und in seiner rückhaltlosen Befragung auch subversivere und emanzipatorische Dimension betont (vgl. Flügel-Martinsen, 2017, S. 2). Ein solchermaßen erweiterter und reflexiv gewen-

deter Politikbegriff hat sich in der Debatte um politische Sozialer Arbeit – wie oben gezeigt – schon angekündigt. Doch welche Konsequenzen folgen aus der Anwendung der Perspektive politischer Differenz auf Ansätze politischer Sozialer Arbeit?

Ansätze politischer Differenz, wie etwa jene von Claude Lefort, Jacques Rancière, Ernesto Laclau, Chantal Mouffe oder Oliver Marchart machen die Differenz von Politik und Politischem reflexiv *als Differenzierungspraxis* selbst zum Gegenstand. Die theoriesystematische Unterscheidung von Politik und Politischem zeigt damit eine kritische Wendung und ein „Reflexivwerden des Denkens" (Bedorf, 2010, S. 14) in der politischen Theorie an, die – und das ist der springende Punkt – ihre eigene politische Verfasstheit mit thematisiert. Bei aller Unterschiedlichkeit der Spielformen von Theorien politischer Differenz lassen sich folgende gemeinsame Schnittstellen ausfindig machen: Kontingenz, Pluralität und Konfliktualität.

Gemeinsam ist allen Ansätzen der politischen Differenz und daran anknüpfender Perspektiven radikaler Demokratietheorie die Grundannahme bzw. Grundlosigkeitsannahme der *Kontingenz*. Politisches Handeln kann unter Bedingungen der Kontingenz auf keine dem Politischen selbst äußerlichen Letztbegründungen oder innerlichen Essenzen, wie etwa ein göttlicher Wille, Naturgesetze, rationale Vernunft, historische Notwendigkeit, kulturelle Identität, ökonomische Gesetze oder andere metaphysische Hilfsmittel mehr zurückgreifen, um sich selbst zu legitimieren und das eigene Handeln oder Nicht-Handeln zu begründen (vgl. Marchart, 2010, S. 8). Wenn kein archimedischer Punkt, kein substantielles Gemeingut und kein absoluter Wert zur Orientierung und Ausrichtung jeglichen Denkens und Handelns verfügbar ist, ja diese ontologischen Geländer in ihrer Konstrukthaftigkeit längst selbst Gegenstand politischer Konflikte geworden sind, dann wird es den politisch Handelnden zur permanenten Aufgabe, ihre Institutionen praktisch-politisch immer wieder neu zu (be-)gründen, ohne sie letztgültig und abschließend instituieren zu können (vgl. Schäfer & Jacobs, 2020, S. 109). Politik und politische Theorie müssen damit dem Umstand gerecht werden, dass politisches Handeln möglich, aber nicht notwendig ist. Gerade eine kritische politische Soziale Arbeit braucht einen Begriff von Kontingenz: Wenn soziale Verhältnisse nicht als historisch geworden und politisch veränderbar angesehen, sondern in ihrem So-Sein als notwendig und unveränderbar betrachtet werden, bräuchte Soziale Arbeit gar keine Überlegungen zum politischen Handeln anzustellen. Kontingenzbewusstsein kann davor schützen, bei der Frage nach politischen Handlungsmöglichkeiten in einen Fatalismus abzurutschen, der – mit welcher Begründungsstrategie auch immer – politischem Handeln am Ende

jeglichen Sinn abspricht. Und es schützt auch davor, sich in Fragen des Politischen ausschließlich an der Faktizität des Gegebenen zu orientieren und allenfalls Modernisierungen einer bereits etablierten Ordnung vorzunehmen. Wenngleich jedes politische Handeln an die es umgebende Wirklichkeit und die darin sich zeigenden Machtverhältnisse gebunden bleibt, zeichnet sich politisches Handeln doch gerade dadurch aus, dass es das Gegebene mit Möglichkeiten der Veränderung konfrontiert. Nichts erregt die Theorieperspektive der politischen Differenz mehr als die Behauptung einer Notwendigkeit und Alternativlosigkeit politischer Verhältnisse und Entscheidungen.

In der Sozialen Arbeit würde dem wohl kaum jemand widersprechen. Die Frage ist allerdings, wie mit Kontingenz in Theorie und Praxis umgegangen wird. Was wir beobachten, ist eine Tendenz zur Problematisierung und Schließung von Kontingenz, also der durchaus kontingenzbewusste Versuch, aus einem offenen Möglichkeitsraum heraus einen Konsens herzustellen und diesen dann gegen Angriffe zu verteidigen. Wenn Kontingenz und das Politische aber derart eng miteinander verschränkt sind, dann wären Anstrengungen, die konsensual auf abschließende Überwindung von Kontingenz zielen, letztlich auch auf die Überwindung des Politischen angelegt (vgl. Mouffe, 2015, S. 47 f.). Diese paradoxe antipolitische Perspektive auf das Politische zeigt sich besonders in der Mandatsdebatte, in der die Kontingenz des Politischen in die halbwegs verlässliche Orientierung an einer verbindlichen Berufsethik überführt werden soll, um auf Basis dessen ein professionelles Selbstverständnis zu entwickeln, das die politische Identität Sozialer Arbeit verbürgt. Dass das Politische auch und gerade in dem nicht stillstellbaren Streit um die Identität selbst bestehen könnte, gerät dabei schnell aus dem Blick – ja, das Politische muss sogar als Störung aufgefasst werden beim Versuch, ein ‚Wir' zu konstruieren und zu erhalten. Hegemonietheoretisch wäre einzuwenden, dass die Aufgabe des Politischen gerade darin besteht, einmal getroffene Entscheidungen wieder dem Dissens zugänglich, die ursprüngliche Kontingenz wieder sichtbar und gegenhegemoniale Alternativen artikulierbar zu machen.

Viele Perspektiven der politischen Differenz knüpfen an die politische Theorie Hannah Arendts an und stellen *Pluralität* ins Zentrum. Pluralität wäre mit Arendt (1958/2007, S. 17) als Gleichzeitigkeit von Gleichheit und Verschiedenheit zu betrachten. Während es – anthropologisch gesehen – ohne Gleichheit im Sinne einer begrenzten Gleichartigkeit gar keine Verständigung geben könne, bedürfte es des politischen Handelns nicht, wenn nicht gleichzeitig Verschiedenheit existiere. Auch in der Sozialen Arbeit kann Pluralität als ein anerkannter Wert gelten. Es zeigt sich aber bei ge-

nauerem Hinsehen auch in der Sozialen Arbeit ein gewisses Unbehagen an Pluralität, insofern eine radikale Vielfalt den Zusammenhalt der Profession gefährden könnte. Soziale Arbeit produziert permanent normativ-politisch aufgeladene Begriffe des Nicht-Professionellen, ohne doch je zu einem einheitlichen und für alle verbindlichen Verständnis dessen zu kommen, was Soziale Arbeit dann positiv darstellt. Insofern Identität auf die Konstruktion eines nicht-identischen Außen angewiesen ist und das Nicht-Identische somit auch im Inneren der Identität präsent bleibt, ist eine abschließende Identität letztlich ein Ding der Unmöglichkeit (vgl. Laclau, 2002, S. 45 ff.). Eine politische Theorie Sozialer Arbeit hätte also eher Pluralität und nicht gemeinsame Identität ins Zentrum zu rücken – und zwar nicht als herzustellender, wünschenswerter Zustand, sondern als Faktum vielfältiger Sichtweisen auf einen gemeinsamen Gegenstand. Innerhalb des Kommunikationszusammenhangs Soziale Arbeit, der sich durch das Reden von Sozialer Arbeit überhaupt erst als ein Gemeinsames konstituiert (vgl. Winkler, 1988, S. 23), ist immer schon mit Pluralität zu rechnen. Jede Theorie bringt Perspektivität, Situations- und Standortgebundenheit sowie Begründungsvielfalt zum Ausdruck. Wie Kontingenz wäre auch Pluralität darum nicht als ein zu überwindendes Defizit anzusehen, sondern als Voraussetzung der Thematisierung des Politischen.

Würde man nun lediglich Pluralität ins Zentrum der Arbeit an einer politischen Theorie Sozialer Arbeit rücken und die Vielfalt pluralistisch – und damit ideologisch – feiern nach dem Motto: ‚Alles so schön bunt hier', gerieten allerdings für die politische Theoriebildung entscheidende, über die bloße Pluralitätsannahme hinausgehende Aspekte der *Konfliktualität* im Umgang mit Praxen der Differenzproduktion aus dem Blick – also das, was in Theorien der politischen Differenz mit Begriffen wie Antagonismus bzw. Agonismus, Streit, Dissens und (Gegen-)Hegemonie beschrieben wird. Mit Laclau (2002, S. 65 ff.) wäre politische Soziale Arbeit zunächst als *leerer Signifikant* zu verstehen, der im diskursiven Wettbewerb der Perspektiven mit Definitionen und daran gekoppelten Wünschen, Hoffnungen und Gestaltungsvorstellungen aufgeladen wird. So kommen vorübergehende Schließungen zustande, die eine Selbstverständlichkeit von Sichtweisen suggerieren, die aufgrund von Kontingenz und Pluralität gar nicht selbstverständlich sein können. Bei aller Offenheit schleppt Soziale Arbeit mitunter hegemonial gewordene, häufig mit einem Allgemeingültigkeitsanspruch versehene theoretisch-normative Schließungen mit, ohne sich diese *als* Schließungen in ihrer Hegemonialität zu vergegenwärtigen. Ein Beispiel gegenhegemonialer Argumentationsweisen lässt sich bei Kunstreich finden, der in sämtlichen jüngeren Debatten um das Politische – sei es die Man-

dats- oder die Re-Politisierungsdebatte – auf problematische Konstruktionen im Politikverständnis verweist und mit Blick auf das Konzept einer Politik des Sozialen der hegemonialen Perspektive politischer Steuerung ‚von oben' eine kritische Perspektive ‚von unten' entgegenstellt. Wer das Politische in der Sozialen Arbeit verstehen will, so soll damit deutlich werden, sollte die Konflikte um den Begriff des Politischen und seine Fundamente selbst in den Blick nehmen. Viel zu oft, so die These, geraten diese zentralen und letztlich doch auf das „Politische im Disziplinären" (Dollinger, 2013) verweisenden Deutungskämpfe aus dem Blick, ja werden mitunter im Laufe der Zeit gar nicht mehr als solche thematisiert. So entsteht die Gefahr, dass politiktheoretische Analyse- und Begründungsfiguren wie beispielsweise die Rede vom politischen Mandat und den Menschenrechten zu Wohlfühlformeln werden und aus einer identitätsstiftenden Vorstellung heraus entpolitisierend wirken, statt durch oder gerade aufgrund einer differenzbewussten Reflexivität theoriestrategisch und damit politisch zum Einsatz zu kommen.

Fazit: Politische Theorie Sozialer Arbeit als unendliche Aufgabe

Nimmt man die Annahmen der Kontingenz, Pluralität und Konfliktualität zusammen, wird einsichtig, dass es *die* politische Theorie Sozialer Arbeit nicht geben kann, wohl aber miteinander konkurrierende wie auch miteinander verknüpfte Versuche ausfindig gemacht werden können, das Politische der Sozialen Arbeit auf den Begriff zu bringen. Eine reflexive politische Theorie Sozialer Arbeit ist sich der Vielfalt der Möglichkeiten und der Herausbildung hegemonialer Deutungen dessen, was in der Sozialen Arbeit als politisch gelten kann, bewusst. Theorien politischer Differenz können dabei wichtige Anregungen geben für die Weiterentwicklung einer politischen Theorie Sozialer Arbeit. Politische Theorie Sozialer Arbeit zu betreiben, wäre in diesem Sinne zu verstehen als eine Bearbeitung des Gegenstandes ‚politische Soziale Arbeit', die ihre Besonderheit aus dem nicht abschließbaren und niemals stillstellbaren Prozess der Auseinandersetzung um ihre eigene Bestimmung selbst bezieht. Der Begriff des Politischen dient dabei als Formierungs- wie auch Problematisierungsinstrument vermeintlich einheitlicher Diskurse und Institutionen (vgl. Schäfer & Thompson, 2013, S. 13).

Eine Arbeit an einer politischen Theorie Sozialer Arbeit hätte darum zweierlei zu leisten: Reflexive und offensive Theoriebildung. Reflexive poli-

tische Theorie hätte zunächst nicht zur Aufgabe, einen neuen Begriff des Politischen zu entwickeln und diesen ontologisch zu fundieren, sondern den Streit um den Begriff selbst und seine jeweiligen Fundamente reflexiv einzuholen. Darüber hinaus braucht es aber auch eine weitere Arbeit an der Kategorie des Politischen. Dies kann nur gelingen, wenn Theoriebildung von Perspektiven der Dekonstruktion immer wieder auch den Weg findet in eine offensive Weiterentwicklung von politischer Theorie in der Sozialen Arbeit, die sich gegen schon vorhandene Theorieversuche richtet und Optionen der Überschreitung anbietet. Hierzu braucht es ‚strategische Setzungen', die im Bewusstsein ihrer Kontingenz und Umstrittenheit offensiv ins diskursive Spiel gebracht werden.

Theoretisch-normativ wie auch konzeptionell könnte mit dem Bezug auf das ‚Versprechen der Demokratie' eine Möglichkeit angezeigt sein, in der Arbeit an einer politischen Theorie Sozialer Arbeit strategische „Inseln in einem Meer der Ungewißheit" (Arendt, 1958/2007, S. 313) zu schaffen, die politisches Handeln Sozialer Arbeit – wenn auch nicht abschließend – orientieren können (vgl. Schäfer & Jacobs, 2020, S. 116). Denn einerseits wäre mit Demokratie eine politische Ordnungsvorstellung benannt, die Kontingenz, Pluralität und Konfliktualität institutionell akzeptiert und diesen zur Anerkennung verhilft (vgl. Marchart, 2010, S. 30), und andererseits wäre damit auch der häufig kritisierten, poststrukturalistischen „Verachtung der Institutionen" (Brumlik, 2012, S. 31) eine Grenze gesetzt. Dabei ist zu beachten, dass die häufig anzutreffende Aufgabenbestimmung Sozialer Arbeit, die zur Inanspruchnahme des Bürger_innenstatus notwendigen sozialpolitischen und sozialpädagogischen Voraussetzungen zur Verfügung zu stellen, hier nicht ausreichen kann. Denn die Arbeit an den sozialen Voraussetzungen der Teilhabe an demokratischen Entscheidungsprozessen hat die Fragwürdigkeit des jeweils aktuell gegebenen Ordnungsgefüges der Demokratie selbst nicht notwendigerweise mit zum Gegenstand. Vor dem Hintergrund der politischen Differenz wäre nicht nur auf Demokratie, sondern auch auf die Notwendigkeit einer konstanten Demokratisierung der demokratischen Institutionen – auch der eigenen – verwiesen. Denn die Frage, was Demokratie ist und wie sie sich (staatlich) institutionalisieren lässt, steht – egal, ob man darin nun eine Stärke oder eine Schwäche von Demokratie sehen will – in demokratischen Prozessen selbst immer mit zur Debatte. Zusätzlich zur Frage nach sozialen Teilhabevoraussetzungen ginge es also auch um eine intensivierte Bearbeitung demokratischer Strukturen. Soziale Arbeit kann, wenn sie sich theoretisch, konzeptionell und methodisch entsprechend aufstellt, zumindest potenziell eine solche Akteurin des Politischen und ein Ort der Demokratisierung der Demokratie sein.

Die Thematisierung des Politischen in Theorie und Praxis bleibt dabei mindestens so kontingent, plural und konflikthaft wie die aufgezeigten Debattenzusammenhänge. Mit dem Bezug auf Demokratie bzw. Demokratisierung wäre jedoch eine offensive Perspektive aufgezeigt, deren politische Produktivität, Parteilichkeit und Politikimmanenz, deren offensive Selbstmandatierung und Re-Politisierungsanstrengung genutzt werden kann, um die immer wieder durch Politik an Soziale Arbeit herangetragenen Aufgabenzuweisungen und Indienstnahmen kritisch beurteilen und mit eigenen professionell begründeten Ansprüchen beantworten zu können. Letztlich, so könnte man mit Bünger (2012, S. 86) sagen, ginge es aus der skizzierten Perspektive aber weniger darum, schließende theoretisch-konzeptionelle Antworten auf die Frage nach Politik und Politischem in der Sozialen Arbeit zu liefern, als vielmehr diese Frage als solche immer wieder neu zu stellen.

Literatur

Anhorn, R., Bettinger, F. & Stehr, J. (Hrsg.). (2007). *Foucaults Machtanalytik und Soziale Arbeit. Eine kritische Einführung und Bestandsaufnahme*. Wiesbaden: VS Verlag.

Arendt, H. (1958/2007). *Vita activa oder Vom tätigen Leben*. München und Zürich: Piper.

Bedorf, T. (2010). *Verkennende Anerkennung. Über Identität und Politik*. Berlin: Suhrkamp.

Bedorf, T. & Röttgers, K. (Hrsg.). (2010). *Das Politische und die Politik*. Berlin: Suhrkamp.

Benz, B. (2013). Politische Interessenvertretung in der Sozialen Arbeit. In B. Benz, G. Rieger, W. Schönig & M. Többe-Schukalla (Hrsg.). *Politik Sozialer Arbeit. Bd. 1: Grundlagen, theoretische Perspektiven und Diskurse* (S. 70–84). Weinheim und Basel: Belz Juventa.

Benz, B. & Rieger, G. (2015). *Politikwissenschaft für die Soziale Arbeit. Eine Einführung*. Wiesbaden: Springer VS.

Bitzan, M. (2017). Das Soziale von den Lebenswelten her denken – Zur Produktivität der Konfliktorientierung für die Soziale Arbeit. In R. Anhorn, E. Schimpf, J. Stehr, K. Rathgeb, S. Spindler & R. Keim (Hrsg.), *Politik der Verhältnisse – Politik des Verhaltens: Widersprüche der Gestaltung Sozialer Arbeit* (S. 51–69). Wiesbaden: Springer VS.

Bitzan, M. & Daigler, C. (2004). *Eigensinn und Einmischung. Einführung in die Grundlagen und Perspektiven parteilicher Mädchenarbeit*. Weinheim: Juventa.

Bitzan, M., Struck, N. & Thiersch, H. (2002). Lokale Sozialarbeitspolitik. In F. Hamburger, A. Eggert, A. Heinen, H. Luckas, M May & H. Müller (Hrsg.), *Gestaltung des Sozialen – eine Herausforderung für Europa* (S. 35–60). Opladen: Leske + Budrich.

Brumlik, M. (2012). Bildung zum Staatsbürger oder zum Zoon Politikon? Eine Alternative, die keine ist! In U. Frost & M. Rieger-Ladich (Hrsg.), *Demokratie setzt aus. Ge-*

gen die sanfte Liquidation einer politischen Lebensform (S. 25–32). Paderborn: Schöningh.

Bünger, C. (2012). Postpolitisch – Postfundamental – Postsouverän. Aussetzer und Einsätze der Demokratie. In U. Frost & M. Rieger-Ladich (Hrsg.), *Demokratie setzt aus. Gegen die sanfte Liquidation einer politischen Lebensform* (S. 78–90). Paderborn: Schöningh.

Bütow, B., Chassé, K. A. & Lindner, W. (Hrsg.). (2014a). *Das Politische im Sozialen – Historische Linien und aktuelle Herausforderungen*. Opladen, Berlin und Toronto: Budrich.

Bütow, B., Chassé, K. A. & Lindner, W. (2014b). Das Politische im Sozialen – Historische Linien und aktuelle Herausforderungen. In Dies. (Hrsg.), *Das Politische im Sozialen – Historische Linien und aktuelle Herausforderungen* (S. 7–25). Opladen, Berlin und Toronto: Budrich.

Chassé, K. A. (1989). Lebensweise und Sozialstaat. *Widersprüche*, *31*, 21–38.

Cremer-Schäfer, H. (2008). Situationen sozialer Ausschließung und ihre Bewältigung durch die Subjekte. In R. Anhorn, F. Bettinger & J. Stehr (Hrsg.), *Sozialer Ausschluss und Soziale Arbeit. Positionsbestimmungen einer kritischen Theorie und Praxis Sozialer Arbeit* (S. 161–180). Wiesbaden: VS Verlag.

Cremer-Schäfer, H. (2001). Ein politisches Mandat schreibt man sich zu. Zur Politik (mit) der Soziale Arbeit. In R. Merten (Hrsg.), Hat Soziale Arbeit ein politisches Mandat? Positionen zu einem strittigen Thema (S. 55–70). Wiesbaden: Springer.

DBSH – Deutscher Berufsverband für Soziale Arbeit (2014). Global Definition of Social Work. Verfügbar unter: https://www.dbsh.de/media/dbsh-www/downloads/Global_Definition_of_Social_Work_Original.pdf (15.12.2020)

Diebäcker, M. & Hammer, E. (2009). Zur Rolle von Sozialer Arbeit im Staat. Skizzen aus regulationstheoretischer und Foucault'scher Perspektive. *Kurswechsel*, *3*, 11–25.

Dollinger, B. (2013). Das Politische im Disziplinären – Sozialpädagogische Identität zwischen Diffusität und eigenem „Blick". *Soziale Passagen, 2*, 177–193.

Flösser, G. (1994). *Soziale Arbeit jenseits der Bürokratie. Über das Management des Sozialen*. Neuwied, Kriftel und Berlin: Luchterhand.

Flügel-Martinsen, O. (2017). *Befragungen des Politischen. Subjektkonstitution – Gesellschaftsordnung – Radikale Demokratie*. Wiesbaden: Springer VS.

Gaertner, A. & Sachße, C. (Hrsg.). (1978). *Die politische Produktivität der Sozialarbeit*. Frankfurt und New York: Campus.

Geldner, J. (2020). *Inklusion, das Politische und die Gesellschaft. Zur Aktualisierung des demokratischen Versprechens in Pädagogik und Erziehungswissenschaft*. Bielefeld: transcript.

Gillich, S. (2016). Anwaltschaft und parteiliche Sozialarbeit. Erinnerung an ein Versprechen. *Blätter der Wohlfahrtspflege, 5*, 194–196.

Güntner, S. & Langer, A. (2014). Sozialarbeitspolitik zwischen Professionspolitik und Gesellschaftsgestaltung. In B. Benz, G. Rieger, W. Schönig & M. Többe-Schukalla (Hrsg.), *Politik Sozialer Arbeit. Bd. 2: Akteure, Handlungsfelder und Methoden* (S. 238–254). Weinheim und Basel: Beltz Juventa.

Hagemann-White, C., B. Kavemann & D. Ohl (1997). *Parteilichkeit und Solidarität. Praxiserfahrungen und Streitfragen zur Gewalt im Geschlechterverhältnis*. Bielefeld: Kleine.

Hartwig, L. & Merchel, J. (Hrsg.). (2000). *Parteilichkeit in der Sozialen Arbeit*. Münster: Waxmann.

Hirschfeld, U. (1999). Soziale Arbeit in hegemonietheoretischer Sicht. Gramscis Beitrag zur politischen Bildung Sozialer Arbeit. *Forum Kritische Psychologie, 40*, 66–91.

Kessl, F. (2006). Soziale Arbeit als Regierung – eine machtanalytische Perspektive. In S. Weber & S. Maurer (Hrsg.), *Gouvernementalität und Erziehungswissenschaft. Wissen – Macht – Transformation* (S. 63–76). Wiesbaden: VS Verlag.

Kessl, F. (2005). Von der Notwendigkeit einer Politischen Theorie Sozialer Arbeit. *Neue Praxis, 3*, 216–219.

Kleve, H. (2000). *Die Sozialarbeit ohne Eigenschaften. Fragmente einer postmodernen Professions- und Wissenschaftstheorie Sozialer Arbeit*. Freiburg i. B.: Lambertus.

Kunstreich, T. (2003). Was ist eine Politik des Sozialen? In R. Sorg (Hrsg.), Soziale Arbeit in Politik und Wissenschaft (S. 55–74). Münster, Hamburg und London: LIT.

Kunstreich, T. (2001). Vom Missverständnis eines politischen Mandats Sozialer Arbeit. In R. Merten (Hrsg.), Hat Soziale Arbeit ein politisches Mandat? Positionen zu einem strittigen Thema (S. 121–130). Wiesbaden: Springer.

Laclau, E. (2002). *Emanzipation und Differenz*. Wien und Berlin: Turia + Kant.

Lallinger, M. & Rieger, G. (Hrsg.). (2007). *Repolitisierung Sozialer Arbeit. Engagiert und professionell*. Stuttgart: Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart.

Lindner, W. (2014). Re-Politisierung der Sozialen Arbeit – pragmatische Zugänge und Suchstrategien in Politikgestaltung, Politikberatung und Lobbyarbeit. In B. Bütow, K. A. Chassé & W. Lindner (Hrsg.), *Das Politische im Sozialen – Historische Linien und aktuelle Herausforderungen* (S. 193–206). Opladen, Berlin und Toronto: Budrich.

Lütke-Harmann, M. (2016). *Symbolische Metamorphosen. Eine Problemgeschichtliche Studie zur Politischen Epistemologie der Sozialpädagogik*. Weilerswist: Velbrück.

Lütke-Harmann, M. (2013). Patchwork – Oder über die Frage, wie die Soziale Arbeit das Politische mit dem Sozialen verbindet. In T. Geisen, F. Kessl, T. Olk & S. Schnurr (Hrsg.), *Soziale Arbeit und Demokratie* (S. 47–75). Wiesbaden: Springer VS.

Marchart, O. (2010). *Die politische Differenz. Zum Denken des Politischen bei Nancy, Lefort, Badiou, Laclau und Agamben*. Berlin: Suhrkamp.

Maurer, S. (2018). Die Perspektive der „Grenzbearbeitung" im Kontext des Nachdenkens über Verhältnisse und Verhalten. In R. Anhorn, E. Schimpf, J. Stehr, K. Rathgeb, S. Spindler & R. Keim (Hrsg.), *Politik der Verhältnisse – Politik des Verhaltens. Widersprüche der Gestaltung Sozialer Arbeit* (S. 113–126). Wiesbaden: Springer VS.

May, M. (2018). Arbeit am Gemeinwesen und menschliche Subjektivität. In In R. Anhorn, E. Schimpf, J. Stehr, K. Rathgeb, S. Spindler & R. Keim (Hrsg.), *Politik der Verhältnisse – Politik des Verhaltens. Widersprüche der Gestaltung Sozialer Arbeit* (S. 127–144). Wiesbaden: Springer VS.

May, M. (2000). Zur politischen Produktivität Sozialer Arbeit. In H. Pfaffenberger, A. Scherr & R. Sorg (Hrsg.), *Von der Wissenschaft des Sozialwesens. Standort und Entwicklungschancen der Sozialpädagogik / Sozialarbeitswissenschaft* (S. 243–261). Rostock: Koch.

May, M. (1994). „The times, they are a-changing". Von der kommunalen Sozialarbeitspolitik zur sozialen Dienstleistungsproduktion. *Widersprüche, 53*, 73–78.

Merten, R. (Hrsg.). (2001). *Hat Soziale Arbeit ein politisches Mandat? Positionen zu einem strittigen Thema*. Wiesbaden: Springer.

Merten, R. (2001). Soziale Arbeit im Strudel ihres (politischen) Selbstverständnisses? Eine Einleitung. In Ders. (Hrsg.), *Hat Soziale Arbeit ein politisches Mandat? Positionen zu einem strittigen Thema* (S. 7–11). Wiesbaden: Springer.

Mouffe, C. (2015). *Das demokratische Paradox*. Wien: Turia & Kant.

Neumann, S. & Sandermann, P. (2008). Hellsichtige Blindheit. Zur vermeintlichen sozialwissenschaftlichen Wende in der sozialpädagogischen Theorie. *Widersprüche, 108,* 11–30.

Olk, T., Müller, S. & Otto, H.-U. (1981). Sozialarbeitspolitik in der Kommune – Argumente für eine aktive Politisierung der Sozialarbeit. *Neue Praxis, Sonderheft 6*, 5–25.

Otto, H.-U. & Schneider, S. (Hrsg.). (1973). *Gesellschaftliche Perspektiven der Sozialarbeit*. Erster und zweiter Halbband. Neuwied und Berlin: Luchterhand.

Rieger, G. (2013). Das Politikfeld Sozialarbeitspolitik. In B. Benz, G. Rieger, W. Schönig & M. Többe-Schukalla (Hrsg.), *Politik Sozialer Arbeit. Bd. 1: Grundlagen, theoretische Perspektiven und Diskurse* (S. 54–69). Weinheim und Basel: Belz Juventa.

Schaarschuch, A. (1995). Soziale Dienstleistungen im Regulationszusammenhang. *Widersprüche, 52*, 73–89.

Schäfer, A. & Thompson, C. (Hrsg.). (2013). *Pädagogisierung*. Halle: Martin-Luther-Universität.

Schäfer, S. (2020). *Das Politische in der Sozialen Arbeit. Wahrnehmungen des Politischen in Fürsorge und Sozialpädagogik der Weimarer Republik*. Frankfurt am Main: Wochenschau.

Schäfer, S. (2018). Abschied vom Mandat. Soziale Arbeit als politische Akteurin. *SI:SO (SIEGEN:SOZIAL), 2*, 42–49.

Schäfer, S. & Jacobs, S. (2020). Kontingenz und Natalität. Das Verhältnis von Pädagogischem und Politischem in einer aus den Fugen geratenen Welt. *Vierteljahrsschrift für wissenschaftliche Pädagogik, 1*, 105–119.

Seithe, M. (2014). Zur Begründung einer Re-Politisierung Sozialer Arbeit. In B. Bütow, K. A. Chassé & W. Lindner (Hrsg.). *Das Politische im Sozialen – Historische Linien und aktuelle Herausforderungen* (S. 109–132). Opladen, Berlin und Toronto: Budrich.

Seithe, M. (2010). *Schwarzbuch Soziale Arbeit. Der Staat verkauft seine Kinder*. Wiesbaden: VS Verlag.

Sorg, R. (Hrsg.). (2003). *Soziale Arbeit in Politik und Wissenschaft*. Münster, Hamburg und London: LIT.

Staub-Bernasconi, S. (2007). Vom beruflichen Doppel- zum professionellen Tripelmandat. Wissenschaft und Menschenrechte als Begründungsbasis der Profession Soziale Arbeit. *SiÖ – Zeitschrift für Sozialarbeit in Österreich, 2*. S. 8–17.

Stender, W. & Kröger, D. (Hrsg.). (2013). *Soziale Arbeit als kritische Handlungswissenschaft. Beiträge zur (Re-)Politisierung Sozialer Arbeit*. Hannover: Blumhardt.

Sünker, H. (2017): Politische Produktivität Sozialer Arbeit und demokratische gesellschaftspolitische Perspektiven im 21. Jahrhundert. In: Braches-Chyrek, R./Sünker, H. (Hrsg.): Soziale Arbeit in gesellschaftlichen Konflikten und Kämpfen. Wiesbaden: Springer VS. S. 7–42.

Wagner, T. (2008). Die Politik der Sozialen Arbeit. Überlegungen zur politischen Produktivität Sozialer Arbeit jenseits des Mandatsbegriffs. *Neue Praxis, 6*, 631–644.

Wagner, T., Bain, T. & Schaarschuch, A. (2011). Zur politischen Produktivität des Citizenship in der Sozialen Arbeit. Adressatenkonzepte in der Sozialen Arbeit zwischen Staatsbürgerqualifikationsarbeit und Entbürgerlichung. In Kommission Sozialpädagogik (Hrsg.), *Bildung des Effective Citizen. Sozialpädagogik auf dem Weg zu einem neuen Sozialentwurf* (S. 115–126). Weinheim: Juventa.

Widersprüche, Heft 100/2006: Was ist heute kritische Soziale Arbeit? Bielefeld: Kleine.

Widersprüche, Heft 31/1989: Politik des Sozialen. Offenbach: Verlag 2000.

Winkler, M. (2014a). Soziale Arbeit – dringende Erinnerung an ihr emanzipatorisches Potential. In M. Panitzsch-Wiebe, B. Becker & T. Kunstreich (Hrsg.), *Politik der Sozialen Arbeit – Politik des Sozialen* (S. 30–38). Opladen, Berlin & Toronto: Budrich.
Winkler, M. (2014b). Kritische Sozialarbeit? Kritische Sozialarbeit! In B. Bütow, K. A. Chassé & W. Lindner (Hrsg.), *Das Politische im Sozialen – Historische Linien und aktuelle Herausforderungen* (S. 223–238). Opladen, Berlin und Toronto: Budrich.
Winkler, M. (1988): Eine Theorie der Sozialpädagogik. Stuttgart: Klett-Cotta.